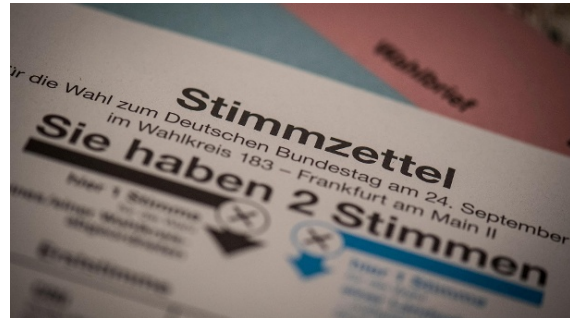


## Vom Bau der Mauer(n)

Diesen Text schreibe ich eine Woche vor der Bundestagswahl. Noch immer bin ich unentschieden, welchen Parteien ich meine Erst- und Zweitstimme geben werde. So ratlos war ich noch nie. Schon oft habe auch ich „vom kleineren Übel“ gesprochen, denn es ist lange her, dass ich mir sicher war, dass ich die Partei wähle, mit deren Programm und Ausrichtung ich mich identifizieren kann und die von Menschen geprägt wird, die ich als integer wahrnehme. Ich weiß nur eins: dass ich meine Stimme abgeben werde, denn eine hohe Wahlbeteiligung stärkt die Demokratie.



Ich habe mich gefragt, was mich dieses Mal so zögerlich sein lässt. Darüber habe ich mich auch mit Freundinnen und Freunden, mit Kolleginnen und Kollegen, mit Nachbarinnen und Nachbarn unterhalten, mit Menschen zwischen 18 und 70, habe sie gefragt, ob sie sich schon sicher seien, wen sie wählen werden. Viele zeigten sich ähnlich unentschieden wie ich.

Mir fiel in den Gesprächen auf, dass häufig diffuse Sorgen und konkrete Befürchtungen geäußert wurden. „Die innere und äußere Sicherheit muss wieder gewährleistet sein“ – „Die Zahl der Flüchtlinge muss begrenzt werden“ – „Weg vom Diesel, wir brauchen saubere Luft“ – „Ich will endlich Chancengleichheit in den Schulen!“. Ich hörte aber auch: „Dieses rechte Pack muss weg“ und „Ich kann diese ‚Gutmenschen‘ nicht mehr ertragen, die am Liebsten jeden Flüchtling in Deutschland aufnehmen würden“.

Das Thema „äußere Sicherheit“ ist uralte: Schon in der menschlichen Frühzeit ging es darum, sich vor Naturgewalten, wilden Tieren und feindlich gesinnten Menschengruppen zu schützen. Körperliche Stärke und das Markieren von Grenzen waren wichtig zur Verteidigung. Wir können in alten Städten oft noch Reste der historischen Stadtmauern sehen. Die Landesgrenzen werden innerhalb Deutschlands und Europas inzwischen nur noch durch Schilder und verwaiste Grenzstationen markiert. Doch wir alle kennen die Bilder der Mauer, die zwischen der BRD und der DDR errichtet wurde, weil die Regierung der DDR glaubte, sich gegen vermeintlich faschistische und kapitalistische Einflüsse des Westens schützen zu müssen.



Die Mauer ist ein Sinnbild von Angst. Und so ist es letztlich kein Symbol der Stärke, wenn der amerikanische Präsident Trump die Grenze zu Mexiko als Mauer errichten möchte. Genauso wenig die Grenzanlage zum Westjordanland, die die israelische Regierung auf 759 Kilometern aus acht bis neun Meter hohen Betonelementen sowie Zäunen, Gräben und Stacheldraht bauen lässt. Fühlen sich die Menschen, die an der Mauer leben, dadurch wirklich geschützt?

Mit einer Mauer ist immer ein Kontaktabbruch verbunden. Das ist -im Hinblick auf die Sicherheit- ja auch gewünscht. Doch zugleich wächst ein einseitiger Blick, weil man dem „Fremden“, dem „Anderen“, dem, was einem -berechtigt oder nicht- Sorge bereitet, nicht mehr begegnet. Und so entstehen Spekulationen, Vorurteile, Abwertungen.

So wie Staaten reale Mauern bauen, so können wir Menschen auch innere Mauern errichten. Dies können wir tagtäglich erleben: wenn über Nachbarn getratscht wird, Kollegen gemobbt werden, wenn Beziehungen zu Familienangehörigen abgebrochen werden, aber auch, wenn von „Gutbürgern“ und „rechtem Pack“ gesprochen wird. Die Debatte rund um die Zahl der Flüchtlinge, die in Deutschland bzw. Europa aufgenommen werden sollen oder können, ist eine ideale Projektionsfläche für die Ängste, die unsere Gesellschaft zunehmend zu prägen scheint. Die äußere Welt wird als bedrohlich wahrgenommen und es scheint als Lösung, zu ihr auf Abwehr zu gehen. Wer sagt, dass die Flüchtlinge wieder wegmüssen oder wahlweise das „rechte Pack“, kann an seiner eigenen Mimik, Gestik und Stimme beobachten, wie er sich verschließt und unempfindlich zu machen versucht. Gestern sah ich im Fernsehen einen Bericht über eine Wahlveranstaltung von Frau Merkel. „Hau ab!“ wurde von Hunderten laut skandiert. Reporter, die nach den Gründen dafür fragten, wurden beschimpft als Lügner und Volksverräter, weitere derbe Worte fielen. Auffallend waren die Aggression in der Stimme derjenigen, die „Hau ab“ schrien. Die Stimmen kippten, aus enger Kehle wurden die Worte herausgestoßen.



Dieses waren sehr deutliche Beispiele dafür, wie Menschen innere Mauern hochziehen – soweit, dass das Schreien jegliches Zuhören und den Austausch von Argumenten, Befürchtungen und Bedürfnissen unmöglich macht. Natürlich ist eine Wahlveranstaltung nicht der geeignete Rahmen für einen solchen Austausch, doch wenn Kommunikation so aus dem Ruder läuft, dass man mit Trillerpfeifen den anderen mundtot, unverständlich und unhörbar zu machen sucht, ist dies ein extrem unsouveräner Akt.

Für einen Hammer wird alles schnell zum Nagel, auf den es einzuschlagen gilt. Dabei ist es mir übrigens egal, wer die Trillerpfeife benutzt. In einer funktionierenden Demokratie zu leben ist ein Privileg. Nobert Lammert, der Bundestagspräsident, sagte in seiner Abschiedsrede im deutschen Bundestag Anfang September, wie wichtig es sei, dass alle Wahlberechtigten ihre Stimme abgeben und damit das „Königsrecht der Demokratie“ ernst nehmen. Etwa 60 Prozent der Länder auf dieser Welt sind parlamentarische Demokratien - 40 Prozent verfügen also nicht über ein freiheitliches politisches System.

Ein bekanntes Zitat lautet: „Ich mag verdammen, was du sagst, aber ich werde mein Leben dafür einsetzen, dass du es sagen darfst.“ Dies soll übrigens nicht vom französischen Philosophen Voltaire gesagt worden sein, sondern von der englischen Schriftstellerin Evelyn Beatrice Hall. Darin steckt ein wichtiger Grundsatz in einer Demokratie, der zu Recht Grenzen findet, wenn Menschenrechte verletzt werden.

„Demokratie ist die schwierigste aller Lebensformen, aber sie ist die einzige, die ein freiheitliches, humanes und gerechtes Zusammenleben seiner Bürger ermöglicht.“ Diese Beschreibung des früheren Bundespräsidenten Theodor Heuss finde ich sehr treffend. Darum halte ich es aus, dass mir dieses Mal die Wahl zwischen den Kandidaten und Parteien sehr schwer fällt. Dennoch werde ich am Sonntag von dem „Königsrecht“, von dem Herr Lammert sprach, Gebrauch machen.

Manche politische Trennschärfe bei den Parteien hat sich verwischt, der Wahlkampf kommt teilweise entpolitisiert daher – so, als müssten wir uns für unterschiedliche Life Style-Produkte entscheiden. All das aber sollte uns nicht von der Anstrengung abhalten, uns zu informieren und die Programme der Parteien mit kühlem Kopf abzuklopfen. Denn nicht zu wählen bedeutet langfristig, unsere Demokratie zu gefährden, zu der ein wacher und kritischer Bürger gehört – so wie das Salz in die Suppe. Ein politischer Diskurs ist nicht nur vor Bundestagswahlen wichtig, denn eine Demokratie benötigt das permanente Einmischen und Hinterfragen durch die Bürgerinnen und Bürger. Nur so bleibt Demokratie lebendig.

© Regine Böttcher, 18.09.2017